

Gerd D. Bossen **Russland**
nach den Präsident-
schaftswahlen –
Ein neuer Anfang?

Am 26. März 2000 wählte Russland im ersten Wahlgang mit Wladimir Wladimirowitsch Putin einen neuen Präsidenten. Noch ein Jahr zuvor war Putin so gut wie unbekannt. Er trat ohne Programm an und ist heute noch für die meisten Beobachter inner- und außerhalb Russlands schwer einzuschätzen. Wie es zu diesem kometenhaften Aufstieg kommen konnte, und wie sich die Wahl Putins auf die Entwicklung in Russland auswirken kann, versucht dieser Artikel darzulegen.

Am 26. März 2000 wurde Wladimir Wladimirowitsch Putin mit 52,94 Prozent der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang zum neuen Präsidenten Russlands gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 68,74 Prozent. Ein Jahr zuvor war Putin für die große Mehrzahl der Russen noch ein unbekannter Mann.

Diese Entwicklung der Dinge ist für den normalen Beobachter an sich schon fast unbegreiflich. Aber um das wahre Ausmaß dessen zu begreifen, was in diesem neuen Russland möglich war und ist, muss man sich noch einmal – sozusagen im Zeitraffer – die Ereignisse der letzten vier Jahre der Amtszeit Präsident Jelzins vor Augen führen.

■ **Entwicklung der Ereignisse**

Im Sommer 1996 wurde Präsident Jelzin im zweiten Wahlgang wiedergewählt. Er war zu diesem Zeitpunkt bereits schwer krank und zeigte sich nach dem ersten Wahlgang nicht mehr in der Öffentlichkeit. Kurze Zeit später unterzog er sich einer schweren Herzoperation. Danach war er nur noch eingeschränkt und zeitweilig regierungsfähig.

Anfang 1998 entließ Präsident Jelzin völlig überraschend den langjährigen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin und setzte gegen den vehementen Widerstand des kommunistisch dominierten Parlamentes den jungen und bis dahin so gut wie unbekanntem Kirijenko als neuen Ministerpräsidenten durch.

Im August 1998 kam es zur großen Wirtschaftskrise in Russland. Der Staat war praktisch zahlungsunfähig, der Rubel zerfiel, die Banken blieben ge-

schlossen, viele Russen verloren über Nacht zum zweitenmal innerhalb von acht Jahren ihr mühsam Erspartes. Ministerpräsident Kirijenko wurde entlassen. Als „neuen“ Ministerpräsidenten schlug Präsident Jelzin den wenige Monate zuvor entlassenen Tschernomyrdin vor. Diesmal konnte er sich aber nicht gegen das Parlament durchsetzen.

Es spricht viel dafür, dass die Entlassung von Ministerpräsident Tschernomyrdin Anfang des Jahres ein wohlkalkulierter Schachzug war: Er sollte (und wollte) die Verantwortung für den Zusammenbruch der Staatsfinanzen nicht tragen. Deshalb wurde er „entlassen“ und mit Kirijenko ein politisch völlig unbedeutender Mann zum Ministerpräsidenten gemacht. Unter ihm kollabierte dann das Finanzsystem, und er musste wieder gehen. Und nun sollte Tschernomyrdin als Retter – und nicht als Schuldiger – wieder auf die politische Bühne treten.

Beweisbar ist das alles nicht, mag auch phantastisch klingen, aber es passt zu Moskau, und es ist wahrscheinlich.

Diese Rechnung – wenn die Vermutung denn richtig ist – ging jedoch nicht auf. Herr Kirijenko konnte Präsident Jelzin noch gegen den vehementen Widerstand der Staatsduma durchsetzen. Die Angst aller Beteiligten, einschließlich der Kommunisten, vor vorgezogenen Neuwahlen war zu groß, als dass sie es letztlich darauf ankommen lassen wollten, ihn dreimal abzulehnen, was nach der russischen Verfassung zur Folge gehabt hätte, dass die Staatsduma aufgelöst worden wäre und Neuwahlen stattgefunden hätten.

Als dann Tschernomyrdin wieder von Jelzin vorgeschlagen wurde, war die Ausgangssituation im Grunde die gleiche, und zunächst sah alles danach aus, dass die Staatsduma wieder einknicken und ihn im dritten Wahlgang zähneknirschend bestätigen würde. Allerdings war Jelzin durch die Krise politisch angeschlagen, und auch Tschernomyrdins Ansehen hatte gelitten. Aber immer noch wollte niemand Neuwahlen.

Doch dann schlug die Stimmung plötzlich um. Die russische Politik war paralytisch, die Preise stiegen, Gehälter und Renten wurden nach wie vor nicht oder kaum gezahlt, die Banken schlossen eine nach der anderen ihre Schalter, die Regale in den Geschäften wurden aufgrund von Devisenknappheit und

■ **Es spricht viel dafür, dass die Entlassung von Ministerpräsident Tschernomyrdin Anfang des Jahres ein wohlkalkulierter Schachzug war: Er sollte (und wollte) die Verantwortung für den Zusammenbruch der Staatsfinanzen nicht tragen.**

Hamsterkäufen zunehmend leer. Die sprichwörtliche Leidensfähigkeit und stoische Geduld der Russen war an ihre Grenzen gelangt. Die Stimmung war gereizt, Demonstrationen und Unruhen schienen unmittelbar bevorzustehen.

Dies hatte zur Folge, dass auch die Haltung im Parlament sich veränderte. Die Kommunisten wollten zwar immer noch keine Neuwahlen, aber sie rechneten sich aus, dass sie bei dieser Stimmungslage der Bevölkerung eher dazugewinnen als verlieren könnten. Damit war Tschernomyrdins erneute Kandidatur gescheitert, und Präsident Jelzin musste sich nach einem für die Kommunisten akzeptablen Kandidaten umsehen. Der damalige Außenminister Primakow wurde auf Vorschlag des Präsidenten mit 315 gegen 63 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

■ **Im Mai 1999 entließ Präsident Jelzin auch Ministerpräsident Primakow.**

Im Mai 1999 entließ Präsident Jelzin auch Ministerpräsident Primakow. Der von ihm vorgeschlagene neue Ministerpräsident Stepaschin wurde vom Parlament widerstandslos bestätigt. Den Abgeordneten der Staatsduma war es inzwischen egal, wer bis zu den Ende des Jahres anstehenden Parlamentswahlen Regierungschef war. Sie wollten sich in Ruhe auf die Wahlen vorbereiten. An vorgezogenen Neuwahlen war niemand interessiert.

■ **Am 9. August 1999 – also nach nur knapp dreimonatiger Amtszeit – entließ Präsident Jelzin auch Ministerpräsident Stepaschin und das gesamte Kabinett. Als neuen Ministerpräsidenten schlug er den bis dahin wenig bekannten Putin vor.**

Am 9. August 1999 – also nach nur knapp dreimonatiger Amtszeit – entließ Präsident Jelzin auch Ministerpräsident Stepaschin und das gesamte Kabinett. Als neuen Ministerpräsidenten schlug er den bis dahin wenig bekannten Putin vor. Dieser wurde vom Parlament bestätigt.

Am 19. Dezember 1999 wählte Russland ein neues Parlament. Die Kommunisten errangen mit 24,55 Prozent zwar etwa zwei Prozent mehr Stimmen als bei den Wahlen von 1995 (22,3 Prozent), verloren aber ihre Mehrheit in der Staatsduma. Dies hat vor allem zwei Gründe:

1995 hatten knapp 50 Prozent der Wähler für Parteien oder Wahlbündnisse gestimmt, die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind. Diese Stimmen sind sozusagen „unter den Tisch gefallen“. Die entsprechenden Sitze sind den vier Parteien zugeschlagen worden, die den Einzug in das Parlament geschafft hatten. Da die Kommunisten 1995 mit Abstand die meisten Stimmen erhalten hatten, haben sie hiervon

am meisten profitiert. Bei den Wahlen 1999 haben über 80 Prozent der Wähler für die sechs Parteien gestimmt, die auch in das Parlament eingezogen sind. Das hatte zur Folge, dass die KPRF bei 24,55 Prozent über die Liste nur 67 (1995: 99) Mandate errungen hat. Hinzu kommt, dass die Kommunisten auch deutlich weniger (46) Direktmandate gewonnen haben als noch 1995 (58). Das russische Wahlrecht kennt keinen Ausgleich zwischen Direkt- und Listenmandaten.

Knapp hinter den Kommunisten kam das Wahlbündnis „Einheit“ mit 23,88 Prozent der Stimmen auf den zweiten Platz. Dies war das erstaunlichste Ergebnis der Wahlen. Denn „Einheit“ war erst etwa zwei Monate vor den Wahlen geschaffen worden. Der Minister für Notstandssituationen Schoigu, der weder über derartige Pläne noch über große politische Anziehungskraft verfügte, wurde vom Kreml als Spitzenmann der Bewegung ins Rennen geschickt, einige dem Kreml nahestehende regionale Führer wurden dazugegeben – und kurz vor der Wahl erklärte der bis dahin schon äußerst populäre Ministerpräsident Putin seine Unterstützung für „Einheit“. Die Bewegung hatte kein Programm, machte sich nicht einmal die Mühe vorzugeben, eines zu haben – aber es reichte für ein beachtliches Ergebnis, nicht zuletzt dank einer Kampagne der vom Kreml kontrollierten oder ihm nahestehenden Medien in den letzten Wochen vor der Wahl.

Damit war der vorzeitige Rücktritt von Präsident Jelzin vorprogrammiert. Um so erstaunlicher ist es, dass alle Welt überrascht war, als Präsident Jelzin dann am 31. Dezember 1999 zurücktrat. Ministerpräsident Putin war damit gleichzeitig amtierender Präsident. Als Folge des Rücktritts wurden die Präsidentschaftswahlen von Juni 2000 auf den 26. März 2000 vorgezogen.

■ Hintergründe

Gemäß der russischen Verfassung darf ein Präsident des Landes nur einmal wiedergewählt werden. Trotz mancher gegenteiliger Spekulationen war damit klar, dass 1996 die letzte Amtszeit von Präsident Jelzin begonnen hatte. Sein Gesundheitszustand hätte ihm eine dritte Amtszeit ohnehin nicht ermöglicht.

■ Gemäß der russischen Verfassung darf ein Präsident des Landes nur einmal wiedergewählt werden. Trotz mancher gegenteiliger Spekulationen war damit klar, dass 1996 die letzte Amtszeit von Präsident Jelzin begonnen hatte.

Mit dem Amtsantritt des von Präsident Jelzin eigentlich nicht gewollten Ministerpräsidenten Primakow setzte eine Entwicklung ein, die Jelzin und seine engste Umgebung in höchste Alarmbereitschaft versetzen musste:

Mit offensichtlicher Billigung Primakows begann der inzwischen entlassene Generalstaatsanwalt Skuratow Ermittlungen wegen Korruption auf höchster Ebene – und machte dabei auch vor dem Kreml nicht Halt. In Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Schweizer Firma Mabetex gerieten auch Präsident Jelzin selbst und seine Tochter Tatjana in die Schusslinie. Plötzlich waren die Medien voll von Berichten über Korruption im Kreml. In erster Linie betroffen war nicht Präsident Jelzin selbst, sondern seine Tochter Tatjana, die „grauen Eminenzen“ Beresowskij und Abramowitsch, sowie der Verwalter des Kreml-Vermögens, Borodin.

Dass während der Amtszeit Präsident Jelzins Gelder in unermesslichen Summen veruntreut und auf Konten außerhalb Russlands transferiert worden sind, dürfte feststehen. Dass höchstrangige Personen aus dem Kreml beteiligt waren, erscheint zumindest wahrscheinlich. Eine andere Frage ist, ob Präsident Jelzin sich persönlich bereichert hat. Er ist nicht der Typ, dem es um Geld geht – ihn interessierte die Macht. Es erscheint aber auf der anderen Seite kaum vorstellbar, dass der Präsident von nichts gewusst haben soll.

Hier kann heute letztlich nur gemutmaßt werden. Aber es spricht viel dafür, dass Präsident Jelzin, dem aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes immer mehr die Fäden entglitten, die „Familie“, wie seine engste Umgebung hier genannt wurde, unkontrolliert gewähren ließ und so – wissentlich oder unwissentlich – zugelassen hat, dass sich einige schamlos bereicherten. Schließlich dürfte er sich dann vor die Notwendigkeit gestellt gesehen haben, die „Familie“ zu decken – und sei es nur zu seinem eigenen Schutz.

Ministerpräsident Primakow hatte diese Ermittlungen zugelassen – und er war populär geworden. Er galt in der russischen Bevölkerung als integer, frei von Korruptionsverdacht, ohne persönlichen Ehrgeiz, als ein Mann, dem es um das Wohl Russlands ging und nicht um das eigene. Folglich musste er gehen.

■ **Dass während der Amtszeit Präsident Jelzins Gelder in unermesslichen Summen veruntreut und auf Konten außerhalb Russlands transferiert worden sind, dürfte feststehen. Dass höchstrangige Personen aus dem Kreml beteiligt waren, erscheint zumindest wahrscheinlich. Eine andere Frage ist, ob Präsident Jelzin sich persönlich bereichert hat.**

Vieles im späteren Handeln Präsident Jelzins ist nur dadurch erklärbar, dass er und die „Familie“ um jeden Preis sicherstellen wollten, dass ein Nachfolger in das Amt des Präsidenten gewählt wurde, der die Gewähr dafür bot, dass keine Untersuchungen möglicher Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung des Präsidenten und seiner engsten Umgebung durchgeführt werden. Primakow bot diese Gewähr nicht – und er hätte gute Chancen gehabt, zum Präsidenten gewählt zu werden, wenn er im Amt geblieben wäre.

Erster Kandidat, der auf seine Tauglichkeit als Nachfolger getestet wurde, war der neue Ministerpräsident Stepaschin. Er machte als Ministerpräsident keine schlechte Figur, wurde sogar geachtet und beliebt – und fiel nach nur drei Monaten dennoch durch. Er wurde als nicht hart und kompromisslos genug befunden.

Stepaschin hatte das Pech, dass sich in seiner kurzen Amtszeit zwei Kräfte formierten, die dem Kreml gefährlich werden konnten. Der mächtige Moskauer Oberbürgermeister Luschkow hatte seine politische Bewegung „Vaterland“ gegründet und sich allmählich die Unterstützung starker regionaler Führer gesichert. Luschkow hatte lange und zielstrebig hierauf hingearbeitet, und er fühlte sich jetzt stark genug, den Kreml herauszufordern und anzugreifen.

Im Schatten dieser Ereignisse war der entlassene Primakow in aller Stille und ohne eigenes Zutun zum populärsten Politiker Russlands geworden. Eine erstaunliche Entwicklung, denn nach seiner Entlassung war er aus dem Rampenlicht verschwunden und praktisch abgeschrieben. Er unterzog sich einer Rückenoperation und zog sich danach zur Genesung auf seine Datscha zurück. In der Öffentlichkeit trat er so gut wie nicht auf. Und dennoch wuchs seine Popularität täglich. Wenn zu diesem Zeitpunkt der russische Präsident gewählt worden wäre, dann wäre Primakow mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Sieger gewesen. Und das, ohne dass er nach seiner Entlassung irgend etwas anderes getan hätte, als ruhig zu Hause zu sitzen.

Die Erklärung für diese erstaunliche Entwicklung liegt nicht so sehr darin, dass Primakow eine überragende politische Persönlichkeit mit großem Charisma wäre. Er hat in seiner Amtszeit auch „keine Bäume ausgerissen“. Er hat für eine gewisse Stabilität nach

■ **Vieles im späteren Handeln Präsident Jelzins ist nur dadurch erklärbar, dass er und die „Familie“ um jeden Preis sicherstellen wollten, dass ein Nachfolger in das Amt des Präsidenten gewählt wurde, der die Gewähr dafür bot, dass keine Untersuchungen möglicher Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung des Präsidenten und seiner engsten Umgebung durchgeführt werden.**

■ **Die große Mehrzahl der Bevölkerung stand den Spitzenpolitikern des Landes – von Präsident Jelzin über Bürgermeister Luschkow, KP-Chef Sjunganow, den Autokraten Lebed, bis hin zu Ex-Premier Tschernomyrdin und dem Reformmer Tschubajs – mit tiefem Misstrauen gegenüber.**

der Krise gesorgt, mit viel Geschick und noch mehr Vorsicht die widerstreitenden politischen Interessen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner vereinigt – aber im Grunde wenig verändert. Entscheidend für seine Popularität zu diesem Zeitpunkt war vielmehr, dass er nicht so unbeliebt war, wie alle anderen führenden politischen Persönlichkeiten. Die große Mehrzahl der Bevölkerung stand den Spitzenpolitikern des Landes – von Präsident Jelzin über Bürgermeister Luschkow, KP-Chef Sjunganow, den Autokraten Lebed, bis hin zu Ex-Premier Tschernomyrdin und dem Reformmer Tschubajs – mit tiefem Misstrauen gegenüber. Jabloko-Führer Jawlinskij hat nur einen beschränkten Anhänger- und Wählerkreis, weil er als egozentrischer Reformmer gilt, der zu Zusammenarbeit und Kompromiss nicht fähig sei. Die übrigen „jungen Reformmer“ wie Kirijenko und Nemtsov werden (noch?) nicht für voll genommen, und Ex-Ministerpräsident Gajdar ist in den Augen der russischen Bevölkerung schon lange nicht mehr wählbar.

Ihnen gegenüber stand der als integer geltende Primakow, der in seiner Amtszeit zumindest nichts falsch gemacht hatte. Ob diese Einschätzung zu Recht oder zu Unrecht bestand, mag hier dahinstehen. Sie war jedenfalls die Grundlage für die Popularität Primakows, die ihn zu diesem Zeitpunkt zu einem der entscheidenden Akteure im Kräftespiel der russischen Politik machte.

Schlimmer noch war, dass sich damals schon abzeichnete, dass Luschkow und Primakow zusammengehen könnten. Eine siegreiche Kombination Luschkow/Primakow wäre für Präsident Jelzin und die „Familie“ wirklich gefährlich gewesen. Hiergegen musste also etwas unternommen werden – mit allen Mitteln und ohne jegliche Rücksicht. Hierzu wiederum war Ministerpräsident Stepaschin allem Anschein nach nicht bereit, oder nicht in der Lage. Und damit war klar, dass er als Nachfolger Jelzins im Amt des Präsidenten nicht in Frage kam – auch er musste gehen.

Damit hatte die Stunde Putins geschlagen. Zwar räumte ihm zu diesem Zeitpunkt so gut wie niemand eine Chance ein, tatsächlich zum Nachfolger Jelzins gewählt zu werden. Denn er war weitgehend unbekannt. Und dies, obwohl er Chef des Inlandsgeheim-

dienstes FSB und Sekretär des Sicherheitsrates war. Aber er besaß die nötige Härte, und er wurde von Jelzin und der „Familie“ als absolut loyal eingeschätzt. Darüber hinaus kamen ihm die Umstände zu Hilfe – die Entwicklung in Tschetschenien und im nördlichen Kaukasus.

■ Der zweite Tschetschenienkrieg

Nach der demütigenden Niederlage Russlands im ersten Tschetschenienkrieg 1994 bis 1996 war der Konflikt nicht endgültig beigelegt worden. Zwar hatte der damalige Sekretär des Sicherheitsrates, General a.D. Alexander Lebed, eine Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen erreicht, aber keines der politischen Probleme war gelöst. Es war alles nur um fünf Jahre vertagt worden.

Danach setzte eine Entwicklung ein, die auf Dauer einen weiteren Krieg in Tschetschenien unvermeidlich machte. Dies wird im Westen oft nicht gesehen und/oder nicht verstanden. Dieser zweite Tschetschenienkrieg ist keineswegs nur russischer Imperialismus oder rücksichtslose Machtausübung. Tschetschenien ist keineswegs nur das arme Opfer russischer Aggression. Opfer ist in jedem Fall die Zivilbevölkerung in Tschetschenien – zunächst war sie den in Tschetschenien operierenden *warlords* und Banden hilflos ausgeliefert, nun leidet sie unter einem rücksichtslos geführten Krieg.

Seit dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen im Jahre 1996 hat Tschetschenien Russland praktisch täglich gedemütigt. Dies nicht so sehr deswegen, weil sich die Republik Tschetschenien für selbstständig erklärte und die *Scharia* als geltendes Recht einführte. Viel wichtiger war, dass der von den Tschetschenen gewählte Präsident Maschadow schnell die Kontrolle über die Republik verlor, und die verschiedensten *warlords* und Banden nach Belieben agierten. Im Laufe der Zeit wurden über 1500 überwiegend russische, aber auch ausländische, Geiseln genommen und nach Tschetschenien entführt. Dies nicht nur in Tschetschenien selbst, sondern in fast allen benachbarten Gebieten des Nordkaukasus. Es wurde ein regelrechtes „Geschäft“. Die Geiseln wurden entweder zur Handelsware oder zu Sklaven. Die Folge war ein zunehmender Verfall der wirtschaftli-

■ **Nach der demütigenden Niederlage Russlands im ersten Tschetschenienkrieg 1994 bis 1996 war der Konflikt nicht endgültig beigelegt worden. Zwar hatte der damalige Sekretär des Sicherheitsrates, General a.D. Alexander Lebed, eine Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen erreicht, aber keines der politischen Probleme war gelöst.**

■ Die russische Bevölkerung begann, aus dem Nordkaukasus abzuwandern, was einen schleichenden, aber unaufhaltsamen Verlust russischen Einflusses auf die gesamte Region bedeutete.

chen und politischen Strukturen in der gesamten Region, noch viel dramatischer als im übrigen Russland. Kaum jemand – schon gar kein Ausländer – wagte sich noch in den Nordkaukasus. Investitionen in der Region – russische wie ausländische – waren undenkbar geworden. Die russische Bevölkerung begann, aus dem Nordkaukasus abzuwandern, was einen schleichenden, aber unaufhaltsamen Verlust russischen Einflusses auf die gesamte Region bedeutete.

Unter diesen Umständen gab es bald kein normales Wirtschaftsleben mehr in Tschetschenien. Die Region lebte buchstäblich von Kriminalität und Banditentum. Waffenschmuggel und das Geschäft mit Rauschgift sorgten bei den „Eliten“ für ein erträgliches Auskommen. Die Bevölkerung vegetierte dahin. Dies strahlte auf die gesamte Region des Nordkaukasus und Südrusslands aus.

Auf Dauer konnte Moskau dem nicht tatenlos zusehen. Die Regierung Tschetscheniens, mit Präsident Maschadow an der Spitze, war machtlos. Und jede weitere Geiselnahme – auch hoher Militärs und Beamter – war ein weiterer Schlag ins Gesicht. Aus Angst, wieder in eine bewaffnete Auseinandersetzung in Tschetschenien hineingezogen zu werden, ließ Moskau jedoch mit Zähneknirschen alles geschehen. Die Grenze des Erträglichen war erreicht, als die tschetschenischen *warlords* Bassajew und Chattab versuchten, dieses Regime des Schreckens und der Kriminalität mit bewaffneten Übergriffen und Besetzung von Dörfern auch in die benachbarte Republik Dagestan zu tragen. Nun musste Moskau eingreifen, auch militärisch, zumal die Bevölkerung Dagestans sich selbst gegen diese Übergriffe aus Tschetschenien wehrte.

In dieser Situation waren die Bombenattentate in Moskau und Wolgodonsk mit etwa 300 unschuldigen Opfern – so makaber das auch klingen mag – nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Sie lösten in der russischen Bevölkerung eine Welle der Angst und der Empörung aus, die den massiven militärischen Einsatz, der dann folgte, trug und bis heute trägt. Dies trotz hoher Verluste auf beiden Seiten und ohne Rücksicht auf das Leiden, das dieser Krieg für die Menschen in Tschetschenien mit sich bringt.

Diese breite Zustimmung in der russischen Bevölkerung wurde die Grundlage für Putins kompetentem Aufstieg. Der neue Krieg in Tschetschenien war sein bester Wahlhelfer. Endlich, so sagte man sich in Russland, endlich ist da jemand, der es diesen Tschetschenen zeigt, der für Ordnung sorgt, der entschlossen durchgreift, der die Demütigung Russlands beendet und den schleichenden Zerfall des Landes stoppt. Fast über Nacht hatte die jahrhundertalte russische Sehnsucht nach dem „starken Mann“ an der Spitze des Staates – Demokratie hin, Demokratie her – eine Figur erhalten, an der sie Erfüllung finden konnte.

■ **Die breite Zustimmung in der russischen Bevölkerung wurde die Grundlage für Putins kompetenten Aufstieg. Der neue Krieg in Tschetschenien war sein bester Wahlhelfer. Endlich, so sagte man sich in Russland, endlich ist da jemand, der es diesen Tschetschenen zeigt, der für Ordnung sorgt, der entschlossen durchgreift, der die Demütigung Russlands beendet und den schleichenden Zerfall des Landes stoppt.**

■ **Die Parlamentswahlen vom 19. Dezember 1999 und ihre Auswirkungen auf die Präsidentschaftswahl**

Der Wahlkampf für die Wahlen zur Staatsduma spielte sich fast ausschließlich in den Medien ab, vor allem im Fernsehen. Diese Kampagnen in den Medien arteten zu wahren „Schlammschlachten“ aus. Die dem Kreml nahestehenden Medien (vor allem die beiden großen landesweit zu empfangenden TV-Sender ORT und RTR) trommelten unaufhörlich für Ministerpräsident Putin und die zu seiner Unterstützung geschaffene Bewegung „Einheit“ – und gegen die Bewegung „Vaterland/Ganz Russland“ (VGR) und ihre Führer Luschkow und Primakow. Die VGR nahestehenden Sender NTW und TV-Zentrum, die aber nicht landesweit zu empfangen sind, taten es umgekehrt.

Die Wirkung blieb nicht aus. In dem Maße, wie Putins Popularität stieg, sank die Primakows. Kaum jemand kümmerte sich um die Kommunisten, die in aller Ruhe ihre überkommene Organisationsstruktur einsetzen und ihr Wählerpotential mobilisieren konnten. Die Entscheidungsschlacht tobte zwischen dem Kreml und Luschkow/Primakow. Das Wahlergebnis wies den Kreml als klaren Sieger aus:

Die Kommunisten, von der „Schlammschlacht“ in den Medien kaum betroffen, kamen auf 24,55 Prozent, verloren aber ihre Mehrheit im Parlament.

Die Bewegung „Einheit“, gut zwei Monate zuvor gegründet, ohne Programm, aber für Putin, brachte es knapp dahinter auf 23,88 Prozent.

„Vaterland/Ganz Russland“ blieb weit hinter den Erwartungen zurück und kam lediglich auf 11,98 Prozent.

Die „Vereinigung der Rechten Kräfte“ (VRK), in der sich nach mühsamen Verhandlungen die Demokraten und die „jungen Reformer“ versammelt hatten, kam auf unerwartete 8,83 Prozent.

Schirinowskij und seine LDPR verloren weiter an Bedeutung und sanken auf 6,18 Prozent ab.

„Jabloko“ und Jawlinskij kamen lediglich auf enttäuschende 5,94 Prozent.

Alle anderen Parteien, politischen Bewegungen und Wahlblöcke scheiterten an der Fünf-Prozent-Klausel des russischen Wahlrechtes.

Mit diesem Wahlergebnis war die Vorentscheidung für die Präsidentschaftswahlen gefallen. Ministerpräsident Putin war der alleinige Anwärter auf den Sieg geworden. Einziger verbliebener noch halbwegs ernst zu nehmender Gegner war der Führer der KPRF, Sjuganow. Primakow zog die Konsequenzen und nahm seine Ankündigung, kandidieren zu wollen, zurück. Luschkow hatte bereits vorher zugunsten von Primakow auf eine Kandidatur verzichtet. Alle anderen waren von vornherein ohne realistische Chance gewesen.

■ **Präsident Jelzins Rücktritt**

■ **Zum Jahresende 1999 hatte Ministerpräsident Putin den Gipfel seiner Popularität bereits erreicht. Das Ergebnis der Parlamentswahlen hatte dies bestätigt. Seine Popularität gründete sich aber im Wesentlichen auf sein Vorgehen in Tschetschenien.**

Zum Jahresende 1999 hatte Ministerpräsident Putin den Gipfel seiner Popularität bereits erreicht. Das Ergebnis der Parlamentswahlen hatte dies bestätigt. Seine Popularität gründete sich aber im Wesentlichen auf sein Vorgehen in Tschetschenien. Und der Krieg in Tschetschenien war weder beendet noch entschieden. Zwar hatte man unter rücksichtslosem Einsatz von Material den größten Teil Tschetscheniens besetzt und Grosnij in Schutt und Asche gebombt, aber die tschetschenischen Kämpfer und Söldner hatten sich in die Berge zurückgezogen. Ein langer und verlustreicher Guerillakrieg zeichnete sich ab.

Die Präsidentschaftswahlen standen für Juni 2000 an, also ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen. Ein halbes Jahr ist in Russland jedoch eine sehr lange Zeit. Niemand wusste das besser als der Kreml und Putin selbst. In sechs Monaten kann viel passieren. Eine Katastrophe des russischen Militärs in Tschetschenien oder ein weiterer unerwarteter Skandal hät-

ten Putins sicher erscheinenden Sieg über Nacht zunichte machen können.

Aber Putins Sieg musste – aus Sicht des Kreml – auf jeden Fall sichergestellt werden. Denn er sollte der Garant dafür sein, dass Präsident Jelzin und seine Familie ohne Sorgen in den Ruhestand gehen könnten. Es galt also, die Gunst der Stunde zu nutzen. Die Zeit bis zu den Präsidentschaftswahlen musste so weit wie nur irgend möglich abgekürzt werden. Kein unerwarteter Stimmungsumschwung sollte Putins Chancen schmälern.

Vorgezogene Präsidentschaftswahlen sind nach der russischen Verfassung nur dann möglich, wenn der Präsident vor Ablauf seiner Amtszeit zurücktritt. Und so war denn auch der Rücktritt von Präsident Jelzin am 31. Dezember 1999 ein logischer Schritt. Überraschend war eigentlich nur, dass alle Welt überrascht war.

Mit dem Rücktritt von Präsident Jelzin wurde Ministerpräsident Putin gleichzeitig bis zur Wahl des neuen Präsidenten amtierender Präsident. Seine erste Amtshandlung bestand darin, dem zurückgetretenen Präsidenten Jelzin und seiner Familie per Erlass Immunität bis an das Lebensende zu gewähren. Danach besuchte er die Soldaten in Tschetschenien – der Endspurt im Präsidentschaftswahlkampf hatte begonnen.

■ **Mit dem Rücktritt von Präsident Jelzin wurde Ministerpräsident Putin gleichzeitig bis zur Wahl des neuen Präsidenten amtierender Präsident. Seine erste Amtshandlung bestand darin, dem zurückgetretenen Präsidenten Jelzin und seiner Familie per Erlass Immunität bis an das Lebensende zu gewähren.**

■ Die Präsidentschaftswahlen

Während des Präsidentschaftswahlkampfes wurde nicht darüber spekuliert, wer der neue Präsident Russlands werden würde. Alle – auch seine Gegner – gingen davon aus, dass Putin gewählt werden würde. Dies wirkte sich auch auf den Wahlkampf aus, der viel weniger intensiv geführt wurde, als etwa noch 1996.

Putin selbst führte einen zumindest für unser Verständnis seltsamen Wahlkampf – nämlich offiziell gar keinen. Er erklärte immer wieder, dass er keinen Wahlkampf führen, sondern sich lediglich seinen Amtsgeschäften widmen werde. Dennoch sorgten die vom Kreml kontrollierten oder ihm nahestehenden Medien dafür, dass er täglich der Bevölkerung präsentiert wurde, und zwar so, wie es seinem Image entsprach: als entschlossener Mann der Tat.

Der Präsidentschaftskandidat Putin trat darüber hinaus ohne Wahlprogramm, eigentlich gänzlich ohne Programm, an. Er hat vor der Wahl erklärt, dass er sein Programm erst nach der Wahl bekannt geben werde. Was für uns zunächst unverständlich sein mag, hatte seine guten Gründe. Die Mehrheit der Russen erwartete und erwartet von Putin, dass er den schleichenden Zerfall Russlands beendet, Russland wieder stark und bedeutend macht, für Ordnung im Lande sorgt und der chaotischen Wirtschaftsentwicklung ein Ende setzt. Von Putin selbst geprägte Schlagworte wie „starkes Russland“ oder „Diktatur des Gesetzes“ stehen dafür. Ob er all diese Erwartungen erfüllen kann, erscheint zumindest fraglich. Aber er hat das Image, es zu können. Unter diesen Umständen hätte die Bekanntgabe eines Programmes mit Sicherheit Schwächen offenbart, die eine Diskussion in der Öffentlichkeit nach sich gezogen hätten. Ein Programm hätte damit aller Wahrscheinlichkeit nach Wählerstimmen gekostet.

Die Rechnung ging auf. Putin gewann bereits im ersten Wahlgang mit 52,94 Prozent der abgegebenen Stimmen und deutlichem Abstand vor dem Führer der Kommunisten, Sjuganow, der nur 29,21 Prozent erringen konnte. Abgeschlagen an dritter Stelle lag Jawlinskij mit 5,8 Prozent. Alle anderen Kandidaten hatten von vornherein keine Chance, auch nur ein achtbares Ergebnis zu erzielen.

■ **Nach seinem Sieg bereits im ersten Wahlgang, und dies auf der Grundlage einer für Russland ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 68,74 Prozent, hat Wladimir Putin als neuer Präsident Russlands eine außerordentlich starke Position.**

Nach seinem Sieg bereits im ersten Wahlgang, und dies auf der Grundlage einer für Russland ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 68,74 Prozent, hat Wladimir Putin als neuer Präsident Russlands eine außerordentlich starke Position. Zudem kann er sich auf ein Parlament stützen, das keine kommunistische Mehrheit mehr hat und ihm voraussichtlich für die nächste Zukunft keine Schwierigkeiten bereiten wird. Die Ratifizierung von START II durch die Staatsduma, die bisher immer wieder verhindert worden war, kurz nach der Wahl Putins ist hierfür ein deutliches Indiz.

Gegenwärtig ist Putins Position unangefochten und unanfechtbar. Selbst im Wahlkampf hat keiner seiner maßgeblichen Konkurrenten offen gegen ihn Stellung bezogen. Diejenigen regionalen Führer, die bei den Parlamentswahlen im Dezember 1999 noch mit Primakow und Luschkow ein Wahlbündnis gegen

den Kreml, und damit gegen Putin, geschlossen hatten, sind überwiegend mit fliegenden Fahnen zu Putin übergelaufen. Das gilt selbst für die starken Präsidenten Tatarstans (Schajmiew) und Baschkortostans (Rachimow).

Aber die großen Hoffnungen der Mehrheit der Russen, die sich auf Putin richten, bergen auch eine Gefahr in sich. Denn er wird sie nicht alle erfüllen können. Und das wird nach einiger Zeit seine Popularität und seine Position schwächen.

■ Erkenntnisse aus den Wahlergebnissen

Verlauf und Ergebnis sowohl der Parlaments- als auch der Präsidentschaftswahlen haben etwas in Erinnerung gerufen, was von zu vielen Beobachtern in den letzten Jahren der Ära Jelzin vergessen worden war: Moskau ist zwar nicht Russland, aber Moskau regiert Russland – und Moskau wird vom Kreml aus regiert. Das war seit Jahrhunderten so, und das hat sich auch im neuen Russland nicht geändert. Der Kreml mit seinem eingespielten Apparat ist nach wie vor eine perfekte Maschine der Machterhaltung.

Ohne den sicheren politischen Instinkt des ehemaligen Präsidenten Jelzin oder die Leistung des neuen Präsidenten Putin schmälern zu wollen – Konzept, Strategie und deren erfolgreiche Umsetzung in beiden Wahlen sind weder das Werk des physisch, psychisch und politisch geschwächten Jelzin noch des noch nicht fest im Sattel sitzenden Putin gewesen. Innerhalb von gut zwei Monaten eine neue „Partei“ zu schaffen und sie zur zweitstärksten Fraktion im Parlament zu machen, innerhalb von gut einem halben Jahr einen dem Kreml genehmen Präsidenten sozusagen „aus dem Hut zu zaubern“, das ist schon – man mag dazu stehen, wie man will – eine einmalige Leistung.

Und das war auch 1996 nicht anders. Noch im Januar 1996 lag Präsident Jelzin in der Wählergunst weit abgeschlagen bei unter zehn Prozent. Im Juni gewann er den ersten Wahlgang knapp vor Sjuganow mit 35 Prozent. Dann verschwand er wegen seiner schweren Herzerkrankung völlig von der Bildfläche und war bis zum zweiten Wahlgang nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sehen. Und dennoch gewann er

■ **Die großen Hoffnungen der Mehrheit der Russen, die sich auf Putin richten, bergen auch eine Gefahr in sich. Denn er wird sie nicht alle erfüllen können. Und das wird nach einiger Zeit seine Popularität und seine Position schwächen.**

die Stichwahl gegen Sjuganow. Auch das ein Verdienst des Apparates im Kreml.

In den letzten Jahren der Ära Jelzin, als dieser körperlich und politisch geschwächt war, haben zu viele die Schwäche Jelzins auch für eine Schwäche des Kreml gehalten. Sie haben sich geirrt. Das gilt auch für so erfahrene Politiker wie Luschkow und Primakow, oder die „Regionalfürsten“ Schajmiew (Tatarstan), Rachimow (Baschkortostan), Jakowlew (Sankt Petersburg), Fjodorow (Tschuwaschien) oder Titow (Samara), um nur einige zu nennen. Sie alle haben inzwischen angesichts des neuen Herrn im Kreml die weiße Fahne gehisst.

Das mag sich im Laufe der Zeit wieder ändern, wenn Präsident Putin Schwächen zeigen sollte. Aber dennoch wird bis auf weiteres wohl gelten: Wer gegen den Herrn im Kreml den Aufstand plant, der sollte dies besser aus dem Kreml heraus tun – nicht aber gegen den Kreml.

■ **Präsident Putin vor schweren Aufgaben**

■ **Die Probleme Russlands, die der neue Präsident Putin zu lösen hat, sind enorm und vielfältig. Man kann nicht davon ausgehen, dass er sie alle lösen kann. Aber die Voraussetzungen, zumindest einen großen Teil erfolgreich in Angriff zu nehmen, sind gut.**

Die Probleme Russlands, die der neue Präsident Putin zu lösen hat, sind enorm und vielfältig. Man kann nicht davon ausgehen, dass er sie alle lösen kann. Aber die Voraussetzungen, zumindest einen großen Teil erfolgreich in Angriff zu nehmen, sind gut, vielleicht besser, als sie es seit der Wende jemals waren. Die Position des neuen Präsidenten ist, wie gesagt, für die nächste Zukunft unanfechtbar stark. In der Bevölkerung gibt es eine positive, ansatzweise sogar optimistische Grundstimmung. Die Wirtschaft hat sich nach der verheerenden Krise vom August 1998 gut erholt, es ist sogar erstmals seit der Wende ein Wirtschaftswachstum feststellbar. Der Rubel ist – nach dem freien Fall 1998 – stabil. Das Verhältnis zum Westen und zur NATO ist, trotz Tschetschenien, weitgehend wieder entspannt. Das Parlament dürfte Putin bis auf weiteres unterstützen und nicht, wie zu Jelzins Zeiten, behindern oder gar blockieren.

Und dennoch gibt es viele Fragezeichen. Diese resultieren vor allem daraus, dass Präsident Putin nach wie vor schwer einzuschätzen ist. Erschwerend kommt hinzu, dass sein Programm noch nicht bekannt, allenfalls in ungenauen Konturen erkennbar

ist. Auch seine Regierungsmannschaft steht noch nicht fest. All das soll erst nach seiner offiziellen Amtseinführung am 7. Mai bekannt gegeben werden.

Die Hinweise auf mögliche Handlungen und Zielrichtungen entweder von Präsident Putin selbst oder aus seiner Umgebung sind durchaus widersprüchlich. Es kann also durchaus sein, dass Vieles, was nachstehend an Überlegungen dargestellt wird, sich schon in kurzer Zeit als falsch herausstellt.

Präsident Putin kommt aus der sogenannten Petersburger Schule und gilt damit als Reformier. Als junger Mann bereits trat er in die Dienste des KGB und arbeitete in dieser Zeit auch in Deutschland, in der ehemaligen DDR. Seine beiden Kinder besuchten bis zu seinem Amtsantritt als Ministerpräsident die Deutsche Schule in Moskau. Nach der Wende war er unter dem inzwischen verstorbenen Sobtschak einer der Stellvertretenden Bürgermeister von Sankt Petersburg, zuständig für internationale Kontakte. Er hat in dieser Zeit wenig auf sich aufmerksam gemacht. Dann wurde er Leiter des Inlandnachrichtendienstes FSB, später auch Sekretär des Sicherheitsrates beim Präsidenten. Immer vermied er das Rampenlicht der Öffentlichkeit, arbeitete lieber hinter den Kulissen. Er gilt als harter Arbeiter, der loyal ihm übertragene Aufgaben erfüllt, notfalls mit Härte und ohne große Rücksichten.

Präsident Putin ist mit 47 Jahren noch recht jung. Sicher wird sich sein Regierungsstil noch ändern. Putin gibt sich volkstümlich, bescheiden und sportlich. Er betreibt Judo und ist Inhaber des schwarzen Gürtels. Er fliegt gerne als Kopilot in Kampfflugzeugen mit, sein erstes im Fernsehen ausgestrahltes Interview nach der Wahl gab er im Pullover. Dabei lächelt er selten, wirkt kalt, hart und entschlossen – oder will so wirken.

Hoffnungsvoll stimmt die Auswahl seiner Berater. Es sind sehr gute Leute darunter, sie alle sind demokratisch und reformorientiert, oder gelten zumindest als solche.

■ Das Problem Tschetschenien

Eines der schwierigsten Probleme, die Präsident Putin zu lösen haben wird, besteht darin, eine politische Lösung für die Beilegung des Konfliktes in Tschetschenien zu finden. Das Gebiet der Republik

■ **Präsident Putin kommt aus der sogenannten Petersburger Schule und gilt damit als Reformier.**

■ **Fast alle Ortschaften Tschetscheniens, vor allem die Hauptstadt Grosnij, liegen in Trümmern. Alle Versorgungseinrichtungen – Wasser, Strom, Gas, Krankenhäuser, Schulen, usw. – sind zerstört. Hier wieder einigermaßen Ordnung herzustellen und den Menschen ein erträgliches Dasein zu ermöglichen, ist schon an sich eine ungeheure Aufgabe.**

Tschetschenien ist zwar inzwischen weitgehend von russischen Truppen besetzt, im russischen Sinne „von Terroristen befreit“, aber starke Verbände der tschetschenischen Kämpfer haben sich in die Berge zurückgezogen und fügen von dort aus den russischen Einheiten immer wieder schwere Verluste zu. Alles deutet darauf hin, dass dieser Guerillakrieg noch lange andauern kann.

Fast alle Ortschaften, vor allem die Hauptstadt Grosnij, liegen in Trümmern. Alle Versorgungseinrichtungen – Wasser, Strom, Gas, Krankenhäuser, Schulen, usw. – sind zerstört. Hier wieder einigermaßen Ordnung herzustellen und den Menschen ein erträgliches Dasein zu ermöglichen, ist schon an sich eine ungeheure Aufgabe.

Aber dazu wäre Voraussetzung, dass Frieden herrscht. Und dieser ist nicht in Sicht. Zwar signalisiert der tschetschenische Präsident Maschadow immer wieder Verhandlungsbereitschaft, aber bisher ohne Erfolg. Moskau verlangt als Vorbedingung die Aushändigung der „Terroristen“, die Freilassung aller Geiseln und die Einstellung des Guerillakrieges. Das kann Maschadow schon deswegen nicht, weil er die *warlords* nicht unter Kontrolle hat. Diese werden keinen Frieden anerkennen, der ihnen nicht genehm ist – schon gar keinen, der sie Moskau ausliefern soll.

Das Problem scheint unlösbar: Es gibt in Tschetschenien keine Person und keine Institution, die für alle, oder zumindest eine Mehrheit der Tschetschenen, sprechen und verbindlich verhandeln könnte. Und so hat denn offenbar auch niemand, weder Präsident Putin noch irgend jemand in seiner Regierung oder Umgebung, eine Vorstellung, wie eine politische Lösung für Tschetschenien aussehen und mit wem sie ausgehandelt werden könnte.

Das wahrscheinlichste Szenario für die nächsten Jahre sieht etwa so aus: Es gelingt dem russischen Militär, die tschetschenischen Kämpfer und die Söldner weiter in die südlichen Berge zurückzudrängen, nicht aber, den Guerillakrieg zu beenden. Das würde bis auf weiteres eine massive Präsenz russischer Einheiten in Tschetschenien bedeuten, die dann de facto auch das Gebiet verwalten würden. Parallel dazu dürfte man in den befriedeten Gebieten einen Stadthalter Moskaus wählen lassen oder ernennen, der unter der Kontrolle des Militärs die Verwaltung aus-

übt und versucht, Tschetschenien aus den Trümmern wieder aufzubauen. Hier kämpfen schon verschiedene, meist wenig Vertrauen erweckende Personen um die beste Ausgangsposition für diese wahrscheinlich lukrative Aufgabe.

Das kann natürlich keine Dauerlösung sein, das weiß man in Moskau auch. Aber etwas Besseres scheint noch niemandem eingefallen zu sein. Und so kann man sich jedenfalls mit der (wohl unrealistischen) Hoffnung trösten, dass aus einem Stadthalter Moskaus einmal eine Persönlichkeit erwachsen könnte, mit der man für Tschetschenien eine dauerhafte politische Lösung aushandeln kann. Präsident Putins Kreativität und Durchsetzungsvermögen werden hier sehr stark gefordert, vielleicht überfordert sein.

■ **Das Problem der russischen Wirtschaft**

Auch hier kann man zur Zeit lediglich spekulieren. Weder Präsident Putin noch seine Partei „Einheit“ haben ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt. Das Wirtschaftsprogramm des Präsidenten wird zur Zeit von einer Gruppe von Experten unter der Führung seines Chefberaters German Gref erarbeitet. Es soll Ende Mai vorliegen. Diese Expertengruppe ist überwiegend aus jungen Leuten zusammengesetzt, die allesamt als Reformer gelten. Darunter sind auch sehr gute Fachleute, was hoffnungsvoll stimmt.

Putins bisherige Äußerungen zur Wirtschaftspolitik sind durchaus widersprüchlich. Auf der einen Seite bekennt er sich zur Marktwirtschaft und ist für den Erlass eines Bodengesetzes, das (endlich) Privateigentum an Grund und Boden ermöglichen soll. Auf der anderen Seite ist er für einen „starken Staat“, auch in der Wirtschaft, und für die Erhaltung der großen Monopole. Allerdings überwiegen die positiven Signale – so hat auf seine Initiative hin die Staatsduma die lange hinausgeschobenen Beratungen über den zweiten (besonderen) Teil des Steuergesetzbuches aufgenommen. Sollte es gelingen, ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht zu verabschieden, das vielleicht auch noch Steuersenkungen beinhaltet, dann wäre das ein sehr fördernder Impuls für die russische Wirtschaft.

Insgesamt sind die Voraussetzungen für eine mittelfristige Sanierung der russischen Wirtschaft gut.

■ **Putins bisherige Äußerungen zur Wirtschaftspolitik sind durchaus widersprüchlich. Auf der einen Seite bekennt er sich zur Marktwirtschaft und ist für den Erlass eines Bodengesetzes, das (endlich) Privateigentum an Grund und Boden ermöglichen soll. Auf der anderen Seite ist er für einen „starken Staat“, auch in der Wirtschaft, und für die Erhaltung der großen Monopole.**

Präsident Putin hat es nicht mehr, wie noch sein Vorgänger Jelzin, mit einem kommunistisch dominierten Parlament zu tun, das etwa das Bodengesetz bisher verhindert hat. Darüber hinaus hat sich die russische Wirtschaft nach dem Schock vom August 1998 erstaunlich gut und schnell erholt. Das liegt nicht nur an den gestiegenen Ölpreisen, die mehr Geld auch in die Staatskassen gebracht haben. Entscheidender war, dass nach dem Verfall des Rubel Importe zu teuer geworden waren. Das kam der einheimischen Produktion und Wirtschaft zugute. So hat denn Russland erstmals seit der Wende ein Wirtschaftswachstum von gut drei Prozent zu verzeichnen. Und die Prognosen für das laufende und das nächste Jahr sind ebenfalls gut.

Das birgt jedoch auch eine Gefahr in sich. Die Tatsache, dass sich die russische Wirtschaft erholt hat, dass sogar ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist, könnte dazu verleiten, gar nichts zu tun – nach dem Motto „Es läuft ja, warum also eingreifen?“. Das wäre allerdings ein schwerer Fehler, denn die grundlegenden Mängel der russischen Wirtschaftsstruktur sind nach wie vor nicht beseitigt. Aber das scheint auch gesehen zu werden. Denn sonst wäre die schnelle Initiative zur Verabschiedung des zweiten Teils des Steuergesetzbuches nicht erklärlich. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen. Ob das geschieht, darüber wird man Ende Mai, wenn das Wirtschaftsprogramm des Präsidenten vorliegt, mehr wissen. Und auch dann wird man noch etwas abwarten müssen. Denn Programme gab es in Russland schon viele, an der Umsetzung hat es meist gehapert. Wie Tschernomyrdin einmal sagte: „Wir wollten es besser machen, aber es ist gekommen wie immer.“

■ **Moskau und die Regionen**

■ **Vieles deutet darauf hin, dass Präsident Putin auch das Verhältnis Moskaus zu den Regionen verändern will. Dies könnte mittel- bis langfristig zu seiner schwierigsten Aufgabe werden.**

Vieles deutet darauf hin, dass Präsident Putin auch das Verhältnis Moskaus zu den Regionen verändern will. Dies könnte mittel- bis langfristig zu seiner schwierigsten Aufgabe werden. Zwar haben alle regionalen Führer gegenwärtig Kooperationsbereitschaft signalisiert, aber das könnte sich ändern.

Zum besseren Verständnis muss hier etwas weiter ausgeholt werden: Die Russische Föderation besteht aus 89 „Subjekten der Föderation“ (in etwa mit den

deutschen Bundesländern vergleichbar). Die russische Verfassung unterscheidet sie in Republiken, Regionen, Gebiete, autonome Kreise und Stadtstaaten. Unter ihnen wiederum gibt es „Subjekte“ von der Größe Westeuropas und solche von der Größe etwa Luxemburgs. Fast alle „Subjekte“ sind von Zuweisungen aus Moskau abhängig. Nur etwa zehn von ihnen sind „Geberländer“. Als ob das noch nicht genug Ungleichgewicht wäre, haben unter Präsident Jelzin etwa die Hälfte der „Subjekte“ gesonderte Verträge mit Moskau abgeschlossen, in denen ihnen besondere Rechte, Pflichten und Kompetenzen eingeräumt werden. Die rechtliche Gültigkeit dieser Verträge ist zweifelhaft, denn dadurch wird teilweise die russische Verfassung umgangen. Die Föderation ist damit eine „Mehrklassengesellschaft“, die sich durch große Disparitäten auszeichnet. Russen nennen dies gerne „asymmetrische Föderation“, Zyniker sagen „anarchische Föderation“.

Hinzu kommt, dass ein großer Teil dieser „Subjekte“ von regionalen Machthabern regiert werden, die sich am ehesten als Feudalherren bezeichnen lassen. Korruption, Vetternwirtschaft, Unterdrückung der Regionalmedien, Beeinflussung der Gerichte, Behinderung der kommunalen Selbstverwaltung oder Manipulation von Wahlen sind in den weiten Regionen Russlands leider immer wieder festzustellen. Hier besteht also dringender Reformbedarf.

Es liegt aber auf der Hand, dass sich die regionalen Machthaber mit allen Mitteln gegen jede Reform wehren werden, die ihnen ihre Rechte und Möglichkeiten nehmen könnte. Dies muss nicht unbedingt offen geschehen, denn die Möglichkeiten Moskaus, Druck auszuüben, sind vielfältig und sie beschränken sich nicht nur auf die finanzielle Abhängigkeit der meisten Regionen. Aber „Russland ist groß, und der Zar ist weit“, sagte man schon früher. Die Regionalmagnaten haben die Möglichkeit, Reformen zumindest stark zu behindern, möglicherweise sogar wirkungslos zu machen.

Nur ein starker Präsident, der sich der Unterstützung der Mehrheit des Parlamentes sicher ist, kann also an diese schwierige Aufgabe herangehen – und ein solcher Präsident ist Putin zur Zeit. Und er hat verschiedentlich und deutlich signalisiert, dass er die Aufgabe angehen will. Von ihm oder aus seiner Um-

■ **Es liegt auf der Hand, dass sich die regionalen Machthaber mit allen Mitteln gegen jede Reform wehren werden, die ihnen ihre Rechte und Möglichkeiten nehmen könnte.**

Zunächst hat Putin gefordert, dass die „Subjekte der Föderation“ ihre Gesetzgebung in Einklang mit der Gesetzgebung Russlands bringen müssten. Das ist an sich eine Selbstverständlichkeit, die sich bereits aus der Verfassung der russischen Föderation ergibt. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

gebung sind bereits verschiedene Vorschläge in die Diskussion gebracht worden.

Zunächst hat Putin gefordert, dass die „Subjekte der Föderation“ ihre Gesetzgebung in Einklang mit der Gesetzgebung Russlands bringen müssten. Das ist an sich eine Selbstverständlichkeit, die sich bereits aus der Verfassung der russischen Föderation ergibt. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Zwar haben die regionalen Machthaber, auch die sonst in dieser Beziehung schwierigen Präsidenten Schajmiew (Tatarstan) und Rachimow (Baschkortostan), signalisiert, dass sie dieser Forderung nachkommen werden. Aber vielfach ist das einfacher gesagt als getan. So besagt etwa die Verfassung der Republik Tuwa, dass diese Republik das Recht auf Austritt aus der Russischen Föderation habe. Andere Republiken haben per („Landes“-)Verfassung Privateigentum an Grund und Boden verboten. Beides klare Verstöße gegen die Verfassung der Russischen Föderation. Aber diese („Landes“-)Verfassungen sind überwiegend nur durch ein Referendum mit Zwei-Drittel-Mehrheit abänderbar. Bereits hier, bei einer an sich einfachen Forderung, zeichnen sich also schon erhebliche „technische“ Probleme ab, die es den regionalen Magnaten, wenn sie es denn wollen, ermöglichen, dem Ganzen Steine in den Weg zu legen.

Offenbar mit Blick hierauf sind in der öffentlichen Diskussion Vorschläge aufgetaucht, die etwas mehr Druck auf die regionalen Machthaber ausüben sollen. Das gilt in erster Linie für die Überlegung, die Gouverneure und Präsidenten der „Subjekte“ nicht mehr wie bisher vom Volke wählen, sondern vom Präsidenten ernennen zu lassen. Damit würden die Magnaten in die direkte Abhängigkeit vom Kreml gebracht; denn wer ernannt wird, der kann auch wieder entlassen werden. Die Mehrheit der regionalen Machthaber wird sich hiergegen sicher zur Wehr setzen. Aber manch einer der schwächeren wird sich auch sagen, dass es letztlich einfacher ist, es einem Herrn, dem Präsidenten, recht zu machen, als vielen unberechenbaren Herren, den Wählern. Aber letztlich dürfte dieser Vorschlag (hoffentlich) nur als Druckmittel gegen die starken Regionalmagnaten gedacht sein. Denn würde er umgesetzt, dann wäre das ein bedauerlicher Rückschritt in der demokratischen Entwicklung Russlands.

Ein weiterer Vorschlag läuft darauf hinaus, die Amtszeit der Präsidenten und Gouverneure der „Subjekte der Föderation“ zu begrenzen und nur noch eine Wiederwahl zuzulassen. Dies erscheint als ein vernünftiger Vorschlag angesichts der Machtverfilzungen, die in vielen Regionen eingetreten sind. Aber auch dies wird sich nicht ohne Widerstand umsetzen lassen, denn die regionalen Machthaber werden sich nicht gerne von ihren Pfründen trennen lassen.

Überraschend ist in dieser Diskussion auch ein Thema aufgetaucht, das bisher tabu war: Es wird über eine Neugliederung der Russischen Föderation nachgedacht, die die Zahl der Subjekte der Föderation auf etwa 30 bis 40 verringern soll. Auch dies erscheint sinnvoll. Die Zahl der „Subjekte“ ist einfach zu groß, um praktikabel zu sein. Und viele von ihnen sind einfach zu klein und zu schwach, um wirklich eine Existenzberechtigung als „Bundesland“ zu haben. Es gibt hier auch keine historischen Hinderungsgründe. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind in Russland seinerzeit einfach die Verwaltungsgrenzen übernommen worden, und aus den sowjetischen Verwaltungseinheiten sind die Subjekte der Föderation entstanden. Und dennoch wäre so etwas nur sehr schwer durchzusetzen. Denn angesichts der „Feudalherrschaften“, die sich in vielen Regionen etabliert haben, wären bei einer anvisierten Verringerung von 89 auf etwa 30 bis 40 „Subjekte“ mindestens 49 bis 59 „Regionalfürsten“ vehement dagegen.

In einem weiteren Punkt hat Präsident Putin bereits damit begonnen, den Einfluss der regionalen Machthaber zu beschneiden: Er hat angeordnet, dass die Gerichte nicht mehr aus den Regionalhaushalten finanziert werden dürfen, sondern nur noch aus dem Föderationshaushalt. Auch dies ist an sich eine gesetzlich vorgesehene Selbstverständlichkeit. Aber die Wirklichkeit ist wieder einmal anders. Da Moskau der Gerichtsbarkeit nie genug Geld zur Verfügung stellte, sind viele „Subjekte“ dazu übergegangen, die unteren Instanzen der Gerichtsbarkeit indirekt zu finanzieren. Den Gerichten (und manchmal auch Richtern) wurden Gebäude und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, und diese wurden dann auch von den „Subjekten“ unterhalten. In der Folge hat der Staat kaum noch einen Prozess in diesen Regionen

■ Ein weiterer Vorschlag läuft darauf hinaus, die Amtszeit der Präsidenten und Gouverneure der „Subjekte der Föderation“ zu begrenzen und nur noch eine Wiederwahl zuzulassen. Dies erscheint als ein vernünftiger Vorschlag angesichts der Machtverfilzungen, die in vielen Regionen eingetreten sind.

verloren. Auch diese Maßnahme Präsident Putins ist damit ein Schritt in die richtige Richtung.

Dennoch fällt eines auf in dieser Diskussion: Es wird zwar über Einzelmaßnahmen diskutiert, die für sich genommen auch überwiegend sinnvoll sind. Aber es gibt keine Diskussion um eine Verfassungsreform im Bereich Föderalismus. Diese wäre aber dringend erforderlich, um eine klarere Kompetenzabgrenzung zwischen Moskau und den Regionen zu erreichen, Doppelkompetenzen und Unklarheiten zu vermeiden, vor allem aber, um endlich zu eindeutigen Kriterien für das zu kommen, was wir „Finanzausgleich“ nennen. Und damit stellt sich eine bange Frage: Was will Präsident Putin? Reform des russischen Föderalismus oder Zentralismus mit kurzen Zügeln, die im Kreml zusammenlaufen? Zur Zeit kann diese Frage nicht beantwortet werden.

■ Putin und der „starke Staat“

■ Seit seiner Amtseinführung als Ministerpräsident spricht Putin immer wieder davon, dass Russland einen starken Staat brauche. Das bezieht sich nicht nur – oder zumindest nicht nur – auf Tschetschenien, sondern Putin meint offenbar alle Lebens- bzw. Politikbereiche.

Seit seiner Amtseinführung als Ministerpräsident spricht Putin immer wieder davon, dass Russland einen starken Staat brauche. Das bezieht sich nicht nur – oder zumindest nicht nur – auf Tschetschenien, sondern Putin meint offenbar alle Lebens- bzw. Politikbereiche. Das ist zumindest missverständlich und mit dem Image des Reformers aus der Petersburger Schule schwer zu vereinbaren. Was Präsident Putin tatsächlich meint, wenn er vom „starken Staat“ spricht, ist bisher unklar. Sicher scheint nur zu sein, dass er mehr meint, als nur eine stabile Demokratie mit einer gesunden Wirtschaft, die in der Lage ist, ihre Interessen nach innen und nach außen erfolgreich wahrzunehmen. Aber die Sorge, die die Frage bereitet, was denn dieses „Mehr“ sein könnte, können nur die nächsten Monate beseitigen oder bestätigen.

Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren beliebten Schlagwort des Präsidenten – in Russland müsse die „Diktatur des Gesetzes“ eingeführt werden. Das klingt zunächst nach Rechtsstaat und wäre dann willkommen. Aber warum sagt Präsident Putin dann nicht auch „Rechtsstaat“? Warum spricht er statt dessen von der „Diktatur des Gesetzes“? Sind nicht auch Erlasse des Präsidenten materielles Recht – also im weiteren Sinne „Gesetz“? So berechtigt diese sorgenvollen Fragen auch sein mögen, so sehr beruhigt wieder, dass Putin mit Michail Krasnow einen Mann mit dem Ent-

wurf seines Rechtsstaatsprogramms beauftragt hat, der nicht nur ein ausgewiesener Demokrat, sondern auch ein hervorragender Fachmann ist. Auch hier sollen also keine voreiligen Schlüsse gezogen werden.

In jedem Fall bestehen hier noch viele Fragezeichen. „Starker Staat“ oder „Diktatur des Gesetzes“ – beides würde bedeuten, dass auch die sogenannten Oligarchen in ihre Schranken verwiesen werden. Diese haben unter Präsident Jelzin einen überproportionalen und meist negativen Einfluss auf die politischen Entscheidungen gehabt. Und sie haben sich allzu oft über das Gesetz hinweggesetzt. Es erscheint jedoch fraglich, ob Präsident Putin an dieser Front entschlossen vorgehen wird. Schon seine erste Amtshandlung, die Immunität für seinen Vorgänger Jelzin, lässt hier Zweifel aufkommen. Dem „Oberoligarchen“ Beresowskij schuldet Präsident Putin einiges: Die von Beresowskij kontrollierten oder beeinflussten Medien haben maßgeblich zum Wahlerfolg Putins beigetragen. Zudem haben beide offenbar ein gutes privates Verhältnis zueinander – so war Putin im vergangenen Jahr Gast bei der Geburtstagsparty von Frau Beresowskaja. Zwar ist Präsident Putins Position heute stark genug, um auf politische Schulden keine Rücksicht nehmen zu müssen. Aber es gibt bisher keine Anzeichen dafür, dass auch die Oligarchen unter die „Diktatur des Gesetzes“ fallen sollen. Präsident Putin mag in der Zukunft den einen oder anderen opfern, das käme in der Bevölkerung gut an – aber das kann dann auch ganz andere Gründe haben.

Zaghafte Überlegungen, die in den letzten Jahren der Ära Jelzin dahin gingen, die Verfassung so zu ändern, dass der Präsident etwas weniger, dafür Regierung und Parlament etwas mehr Macht bekämen, scheinen vom Tisch zu sein. Jedenfalls gibt es nicht die geringste Andeutung darüber, dass derartige Gedanken in der Präsidentialverwaltung weiterverfolgt werden.

Es spricht einiges dafür, dass Präsident Putin, wenn er vom „starken Staat“ spricht, in Wahrheit einen „starken Präsidenten“ meint. Das muss in einer Transformationsphase nicht unbedingt negativ sein.

■ **Mutmaßungen über Präsident Putins Außenpolitik**

Präsident Putin hat gesagt, dass Russland seine Interessen energischer vertreten werde, als dies in der Ver-

■ **Zwar ist Präsident Putins Position heute stark genug, um auf politische Schulden keine Rücksicht nehmen zu müssen. Aber es gibt bisher keine Anzeichen dafür, dass auch die Oligarchen unter die „Diktatur des Gesetzes“ fallen sollen.**

gangenheit der Fall gewesen sei. Das wurde zwar in Zusammenhang mit der GUS gesagt, deren Mitglieder teilweise erhebliche Schulden bei Moskau haben, dürfte aber auch für alle anderen außenpolitischen Bereiche gelten.

Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass Russlands Interesse objektiv in einer engen Kooperation mit dem Westen, vor allem mit Europa, liegt. Das dürfte auch Präsident Putin so sehen. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, dass sein erster Auslandsbesuch nach seiner Wahl ihn nach London führte, sondern auch die schnelle Ratifizierung des START II-Vertrages nach seiner Wahl. Der Grund hierfür liegt nicht so sehr darin, dass man Wirtschaftshilfe von IWF, Weltbank und dem Westen insgesamt braucht. Vielmehr hat sich Russland immer als einen Teil Europas verstanden, trotz seiner riesigen asiatischen Landmasse. Und im Westen ist das Know-how, sind die Märkte, ist das Kapital, alles Dinge – die für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Russlands von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Demgegenüber gibt es kaum eine Alternative. Das seinerzeit von Ministerpräsident Primakow ins Spiel gebrachte Dreieck Moskau – Peking – Dehli war nicht mehr als eine Drohgebärde gegen die damals beginnende Osterweiterung der NATO. Eine dauerhafte enge Partnerschaft mit China ist für die meisten Russen – und wahrscheinlich auch Chinesen – nicht wünschenswert. Indien hat bis auf weiteres wenig zu bieten. Ansonsten gibt es im Süden den Islam, den man spätestens seit Tschetschenien fürchtet – und im Norden das Eismeer.

Dennoch sollte man sich keinen Illusionen hingeben: Moskau wird im Interesse der gewünschten Kooperation mit dem Westen nicht jede „Kröte schlucken“, die ihm von dort vorgesetzt wird. Das ist schon aus innenpolitischen Gründen nicht möglich. Die russische Öffentlichkeit versteht ihr Land immer noch als Großmacht. Deshalb kam es ja auch so gut an, als Putin vor der Wahl sagte, er wolle Russland wieder groß und stark machen. Auf diese Stimmung wird auch Putin Rücksicht nehmen müssen, unabhängig davon, ob diese Ansicht objektiv begründet ist oder nicht, und auch unabhängig davon, ob er das selbst so sieht.

■ **Moskau wird im Interesse der gewünschten Kooperation mit dem Westen nicht jede „Kröte schlucken“, die ihm von dort vorgesetzt wird. Das ist schon aus innenpolitischen Gründen nicht möglich.**

Um ein aktuelles Beispiel hierfür zu nennen: In keinem Fall wird Russland unter Präsident Putin eine einseitige Kündigung des ABM-Vertrages und die Errichtung eines Raketenabwehrschildes durch die USA tatenlos hinnehmen. Aber es gibt schon vorsichtige Hinweise, dass auch hierüber verhandelt werden könne. Denkbar wäre eine Verknüpfung mit START III, die darauf hinauslaufen könnte, dass die USA einen begrenzten Abwehrschild errichten können, dafür aber einer wesentlich drastischeren Reduzierung der atomaren Sprengköpfe zustimmen, als dies bisher zur Debatte stand.

Es wird wichtig sein, dass der Westen, vor allem die USA, auf diese Interessen – und auch Empfindlichkeiten – Russlands Rücksicht nimmt. Jede einseitige Handlung würde Russland wieder einmal das Gefühl vermitteln, nicht ernst genommen zu werden. Und das hätte in der gegenwärtigen Situation eine starke negative Reaktion zur Folge und könnte die sich vollziehende Wiederannäherung, die auch im westlichen Interesse ist, empfindlich stören und zurückwerfen.

Insgesamt dürfte mit einer pragmatischen nach Westen, vor allem nach Europa orientierten Außenpolitik Russlands zu rechnen sein. Gelegentliche, für den innenpolitischen Konsum bestimmte starke Worte des Präsidenten sollten dabei nicht irritieren.

■ **Schlussbemerkungen**

Die Geschichte des steilen Aufstieges Wladimir Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation mutet unglaublich an. Die Hintergründe, die dazu führten, sind wohl nur in Russland denkbar – und auch dort dürfte so etwas kaum wiederholbar sein.

Dieser schnelle Aufstieg eines Mannes, der aus dem Geheimdienst kommt, und schon deswegen nicht so sehr im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden hat, hat es mit sich gebracht, dass über den neuen Präsidenten Russlands, über seine Gedanken, Ansichten und Pläne, wenig bekannt ist. Wahrscheinlich muss er selbst erst noch mit Hilfe seiner Berater seine Gedanken zu einem politischen Programm ordnen. Den Spekulationen sind damit Tür und Tor geöffnet. Es ist fast so, als hätten die russischen Wähler mit der Wahl Putins zum Präsidenten ihres Landes einen

■ **Es wird wichtig sein, dass der Westen, vor allem die USA, auf die Interessen – und auch Empfindlichkeiten – Russlands Rücksicht nimmt. Jede einseitige Handlung würde Russland wieder einmal das Gefühl vermitteln, nicht ernst genommen zu werden.**

Blankoscheck unterzeichnet – und nicht nur sie, sondern wir alle müssen nun damit leben.

Aber es wäre sicherlich unfair, es nur so zu sehen. Mit Präsident Putin ist ein Mann an die Macht gekommen, der sagt, er wolle Demokratie und Marktwirtschaft. Der Beraterstab, mit dem er sich umgeben hat, spricht dafür, dass er das auch so meint. Und auch die Träger der Namen, die für sein zukünftiges Kabinett genannt werden, gelten durchweg als Demokraten, wenn auch der eine oder andere in dem Ruf steht, der grauen Eminenz Beresowskij nahe zu stehen.

Sicher gibt es noch viele Fragezeichen, auch Ungeheimheiten und Irritierendes. Aber es gibt auch mindestens ebenso viele positive Anzeichen. Eine Vorverurteilung anhand selektiv ausgewählter Indizien wäre ebenso fehl am Platze wie eine voreilige Glorifizierung.

Die russischen Wähler haben sich – trotz aller Schwierigkeiten, die sie durchleben – wieder einmal gegen eine Rückkehr zum Kommunismus entschieden. Der Wahlkampf war zwar nicht fair, aber die Wahlen waren frei. Und wer sie beobachtete, der konnte nicht umhin, zu bemerken, dass die Einhaltung demokratischer Spielregeln in Russland schon zur Routine geworden ist. Allein das ist schon positiv.

Russlands neuer Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin hat mit der Amtsübernahme eine schwere Last auf seine Schultern geladen. Er macht den Eindruck, dass er sie tragen könne. Die Mehrheit der Russen schaut erwartungsvoll und hoffnungsvoll auf ihn. Uns wird nicht viel übrig bleiben, als uns ihnen anzuschließen.

Das Manuskript wurde am 1. Mai 2000 abgeschlossen.